

**Amt der Tiroler Landesregierung**

Präs.Abt. II - 1168/148

A-6010 Innsbruck, am 26. August 1987

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 157

Sachbearbeiter: Dr. Unterlechner

An das
Bundesministerium für
öffentliche Wirtschaft
und Verkehr

Radetzkystraße 2
1031 W i e n

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

GESETZENTWURF	
Zl.	38 - GE/1987
Datum:	11. SEP. 1987
Verteilt:	14.9.1987 Rosner

Klausgraben

Betreff: Novelle des Bundesgesetzes über die Beförderung
gefährlicher Güter auf der Straße (GGSt),
BGBI. Nr. 209/1979;
Stellungnahme

Zu Zahl 601.508/1-I/10-1987 vom 10. Juni 1987

Gegen den übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße und über eine Änderung des Kraftfahrgesetzes 1967 und der Straßenverkehrsordnung 1960 (GGSt) geändert wird (GGSt-Novelle), werden keine grundsätzlichen Einwendungen erhoben.

Es wird jedoch bemerkt, daß sich die im Entwurf übersandte Novelle offensichtlich nur auf einige Änderungen aus den im Vorblatt zu den Erläuterungen angeführten Gründen (S. 7) beschränkt. So ist etwa - was die Vollziehung erleichtern würde - eine Änderung des § 43 Abs. 1 GGSt in Anlehnung an Art. I Z. 4 (§ 134 Abs. 4 KFG 1967) der 11. Kraftfahrgesetz-Novelle nicht vorgesehen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

i.V. Dr. Riederer

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen
gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien
an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien
an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.
an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

i.V. Dr. Riederer

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

G. Schumacher